

Wir bitten Sie die nachfolgenden Angaben für eine optimale Bearbeitung Ihrer Angelegenheit zu machen.

Ihre Anschrift

Vor- und Nachname:	
Firma/Gesellschaft:	
Straße und Hausnummer:	
Postleitzahl und Ort:	

Wie können wir Sie erreichen ?

Telefonnummer:	
Mobilfunk:	
Emailadresse:	
Telefax:	

Wie sollen wir Sie über den Fortgang Ihrer Angelegenheit informieren ?

Per Post () per Email () per Fax ()

Für einzelne Verfahren unerlässliche Angaben

Arbeitgeber:	
Beruf:	
Geburtsdatum und Ort:	
Staatsangehörigkeit:	
Familienstand:	

Sind Sie vorsteuerabzugsberechtigt ?

ja () / nein ()

Haben Sie die Vermögensauskunft abgegeben ?

ja () / nein ()

Wohin soll vereinnahmtes Geld für Sie überwiesen werden ?

IBAN:	
BIC:	

Wenn Sie rechtsschutzversichert sind übernehmen wir gerne die Abwicklung für Sie

Rechtsschutzversicherer:	
Versicherungsnummer:	
Schadennummer (falls bekannt):	

Kostenfreies erstes Beratungsgespräch

Ich bin damit einverstanden, dass für ein erstes Beratungsgespräch eine Vergütungsvereinbarung zu 0,00 € geschlossen wird. Es entstehen Ihnen Kosten sobald ein unbedingter Auftrag zur anwaltlichen Tätigkeit erteilt wird also mit Zeichnung einer Vollmachturkunde.

Bei Vertragsschluss außerhalb der Geschäftsräume und bei Fernabsatzverträgen

bestätige ich mit meiner Unterschrift den Erhalt einer Widerrufsbelehrung, eines Widerrufsformulars und des besonderen Hinweises zum vorzeitigen Erlöschen des Widerrufsrechts.

Gestatten Sie bei späterem Mandatierungsversuch durch die Gegenseite die Offenlegung des Mandats ?

ja () / nein ()

Die umseitig abgedruckten gesetzlich vorgeschriebenen Hinweise sowie die ausgehändigten Hinweise zur Datenverarbeitung habe ich gelesen.

Datum und Unterschrift

Gesetzlich vorgeschriebene Hinweise

Gem. § 49b V BRAO wird darauf hingewiesen, dass sich die zu erhebenden Rechtsanwaltsgebühren, außer in Straf- und Bußgeldsachen, nach dem Gegenstandswert richten. Dabei wird ihrem konkreten rechtlichen Anliegen, entsprechend gesetzlicher Regelungen, ein Geldbetrag als sog. Gegenstandswert beigemessen. Je höher dieser Gegenstandswert ist, desto höher sind auch die Rechtsanwaltsgebühren. Vor Auftragserteilung erhalten Sie immer eine Schätzung der Rechtsanwalts- und Gerichtskosten unter der Hypothese eines oder mehrerer Verfahrensverläufe sowie unter Schätzung eines ggf. relevanten Gegenstandswertes.

Gem. § 12a I S. 2 ArbGG wird darauf hingewiesen, dass in rechtlichen Angelegenheiten des Arbeitsrechts im Urteilsverfahren des ersten Rechtszugs kein Anspruch der obsiegenden Partei auf Entschädigung wegen Zeitversäumnis und auf Erstattung der Kosten für die Zuziehung eines Prozessbevollmächtigten oder Beistandes besteht. Insbesondere die Rechtsanwaltsgebühren Ihres eigenen Rechtsanwalts tragen Sie in arbeitsrechtlichen Urteilsverfahren des ersten Rechtszuges also immer selbst, auch wenn der Prozess gewonnen wird.

Gem. § 16 I BORA wird auf die Möglichkeit der Beantragung von Beratungshilfe und/oder Prozesskostenhilfe sowie auf die Möglichkeit einer Prozessfinanzierung hingewiesen falls Sie nicht oder nur schwer in der Lage sind Rechtsanwalts- und Gerichtskosten zu tragen. Bitte sprechen Sie die Themen Beratungshilfe, Prozesskostenhilfe und Prozessfinanzierung im Rahmen des ersten Beratungsgesprächs offen an um eine weitergehende detaillierte Beratung zu diesen Themen sicherzustellen.

Gem. § 6a II Nr. 2 und 8a II Nr. 2 BerHG wird darauf hingewiesen, dass der Rechtsanwalt gem. § 6a II BerHG die Aufhebung der Bewilligung von Beratungshilfe beantragen kann wenn der Rechtsuchende auf Grund der Beratung oder Vertretung, für die ihm Beratungshilfe bewilligt wurde, etwas erlangt hat. Wird die Bewilligung von Beratungshilfe aufgehoben dann kann der Rechtsanwalt Vergütung nach den allgemeinen Vorschriften verlangen.

Zum Zwecke der Bearbeitung Ihrer rechtlichen Angelegenheit werden personenbezogene Daten gem. § 28 BDSG erhoben, verarbeitet und genutzt.

Die in Ihrem konkreten Fall relevanten Hinweise werden grundsätzlich ungefragt vor Auftragserteilung mündlich wiederholt und weiter ausgeführt. Sollten Sie dennoch Fragen zu den obigen Hinweisen haben dann sprechen Sie dies bitte vor Auftragserteilung an.

Hinweise zur Datenverarbeitung

Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher: Rechtsanwaltskanzlei Heller (im Folgenden: Rechtsanwaltskanzlei Heller),
Spandauer Straße 18, 57072 Siegen, Deutschland

Email: info@rechtsanwaltskanzlei-heller.de

Telefon: +49 (0)271 – 80956000

Fax: +49 (0)271 – 80956006

Eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten bedarf es in der Rechtsanwaltskanzlei Heller nicht, da die gesetzlichen Voraussetzungen nicht vorliegen.

Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Beruf, Arbeitgeber
- Geburtsdatum und Geburtsort
- Staatsangehörigkeit
- Familienstand
- Bankdaten
- Daten zur Vorsteuerabzugsberechtigung und Vermögensauskünften
- Daten der Rechtsschutzversicherung
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden. Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;

gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;

gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;

gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;

gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;

gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und

gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an info@rechtsanwaltskanzlei-heller.de. Die Rechtsanwaltskanzlei Heller behält sich vor bei einem Widerspruch, im Hinblick auf zur Mandatsbearbeitung erforderliche Daten, das Mandat nieder zu legen.

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Das Widerrufsrecht beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsschlusses. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns

Rechtsanwaltskanzlei Heller

Spandauer Straße 18

57072 Siegen

Telefon: 0271 80956000

Fax: 0271 / 80956006

E-Mail: info@rechtsanwaltskanzlei-heller.de

mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder Email) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstige Standardlieferung gewählt haben) unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrages bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet. Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zum dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrags unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

Besonderer Hinweis zum vorzeitigen Erlöschen des Widerrufsrechts

Das Widerrufsrecht erlischt bei einem Vertrag zur Erbringung von Dienstleistungen auch dann, wenn der Unternehmer die Dienstleistung vollständig erbracht hat und mit der Ausführung der Dienstleistung begonnen hat, nachdem der Verbraucher dazu seine ausdrückliche Zustimmung gegeben hat und gleichzeitig seine Kenntnis davon bestätigt hat, dass er sein Widerrufsrecht bei vollständiger Vertragserfüllung verliert.

Mit Eingang einer unterzeichneten Vollmacht stimmen Sie ausdrücklich der umgehenden Aufnahme unserer Tätigkeit (Dienstleistung) zu.

Muster-Widerrufsformular

Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden es zurück an:

Rechtsanwaltskanzlei Heller

Spandauer Straße 18

57072 Siegen

Fax: 0271 / 80956006

E-Mail: info@rechtsanwaltskanzlei-heller.de

Hiermit widerrufe(n) ich/wir(*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgenden Waren (*)/die Erbringung der folgenden Dienstleistung (*):

Bestellt am (*)/erhalten am (*): _____

Name des/der Verbraucher(s): _____

Anschrift des/der Verbraucher(s): _____

Ort Datum

Unterschrift des Verbrauchers

(nur bei Mitteilung auf Papier)

(*) Unzutreffendes streichen